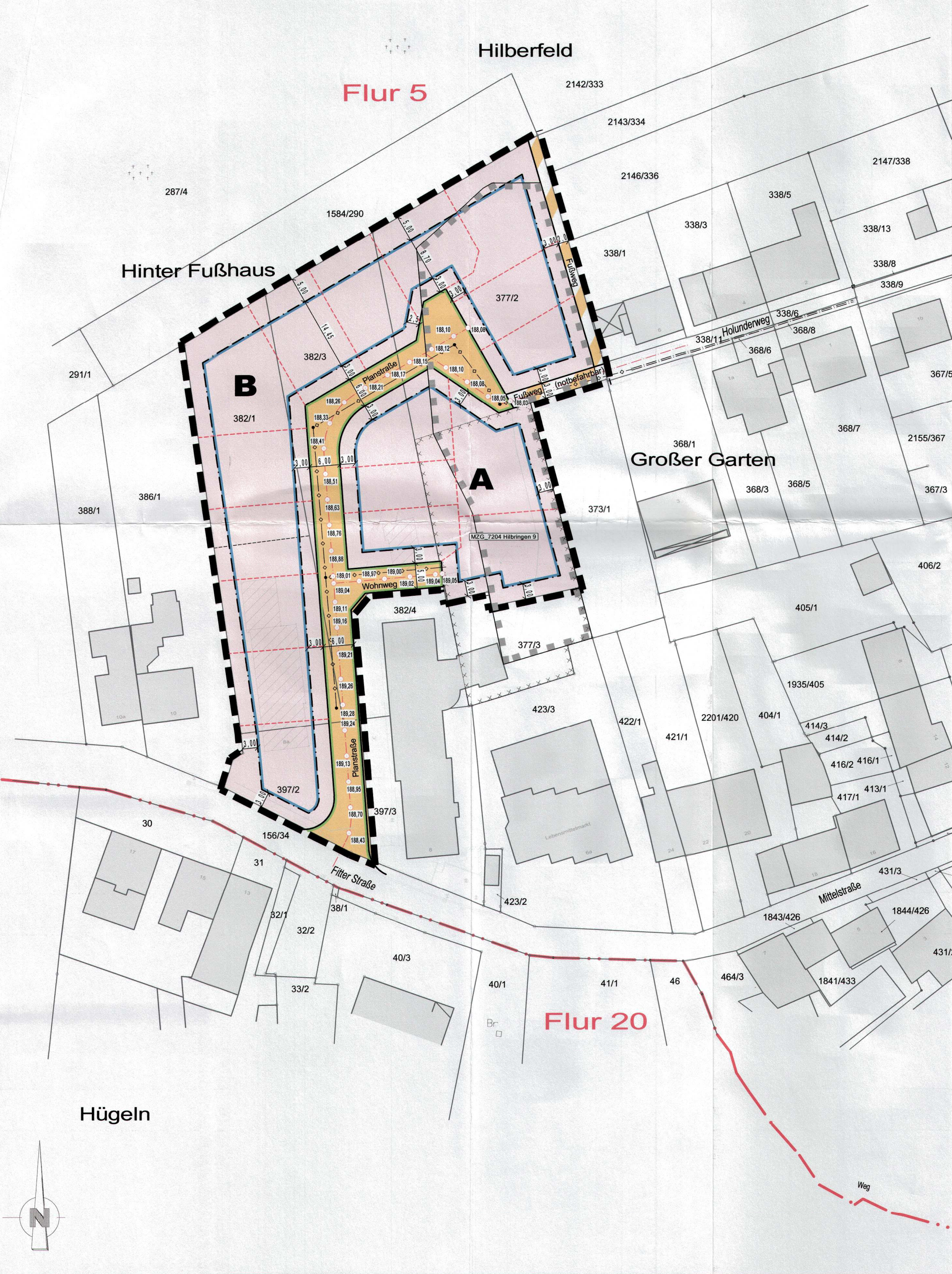


PLANTEIL A - VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN "HINTER FUSSHAUS"

A		B	
WA	o	WA	o ED
0,4	0,8	0,4	0,8
FH max. = 9,50 m WH max. = 6,50 m		FH max. = 9,50 m WH max. = 6,50 m	
II		II	
2 Wo je E 1 Wo je DHH 1 Wo je GT (HG)		2 Wo je E 1 Wo je DHH 1 Wo je GT (HG)	



Teil B - Festsetzungen gem. § 9 BauGB

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB (§ 9 Abs. 7 BauGB)
	Allgemeines Wohngebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 BauNVO)
0,4	Grundflächenzahl (GRZ) als Höchstmaß (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO)
0,8	Geschoßflächenzahl (GFZ) als Höchstmaß (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 20 BauNVO)
II	max. Zahl der Vollgeschosse (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB i.V.m. § 26 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO)
FH	Firsthöhe max. (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO)
WH	Wandhöhe max. (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO)
	Unterer Bezugspunkt OK Erschließungsstraße in m ü. NN. für max. Wand- und Firsthöhe (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 18 BauNVO)
	offene Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 Abs. 2 BauNVO)
	Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 Abs. 2 BauNVO)
	höchstzulässige Zahl der Wohnungen: 2 Wo je Einzelhaus (E), 1 Wo je Doppelhaushälfte (DHH), 1 Wo je Gebäudeteil einer Hausgruppe (GT HG) (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)
	Baugrenze (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB u. § 23 Abs. 3 BauNVO)
	Öffentliche Verkehrsfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
	Straßenbegrenzungslinie (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
	Öffentliche Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
	Fußweg (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
	Fußweg (notbefahrbar) (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
	Unterirdische Hauptentsorgungsleitung (Mischwasserkanalisation) (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)
	Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind (§ 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB)
	Alltagsverdachtsfläche "MZG_7204 Hilbringen 9" (§ 9 Abs. 6 BauGB)

Zeichenerklärung

	vorh. Gebäude mit Hausnummer		geplanter Abriss vorh. Gebäude
	vorh. Grundstücksgrenze mit Flurstücksnummer		Grundstücksgrenze (unverbindlicher Vorschlag)
	Kanalschacht Bestand (Mischwasserkanalisation)		Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Rechtsgrundlagen

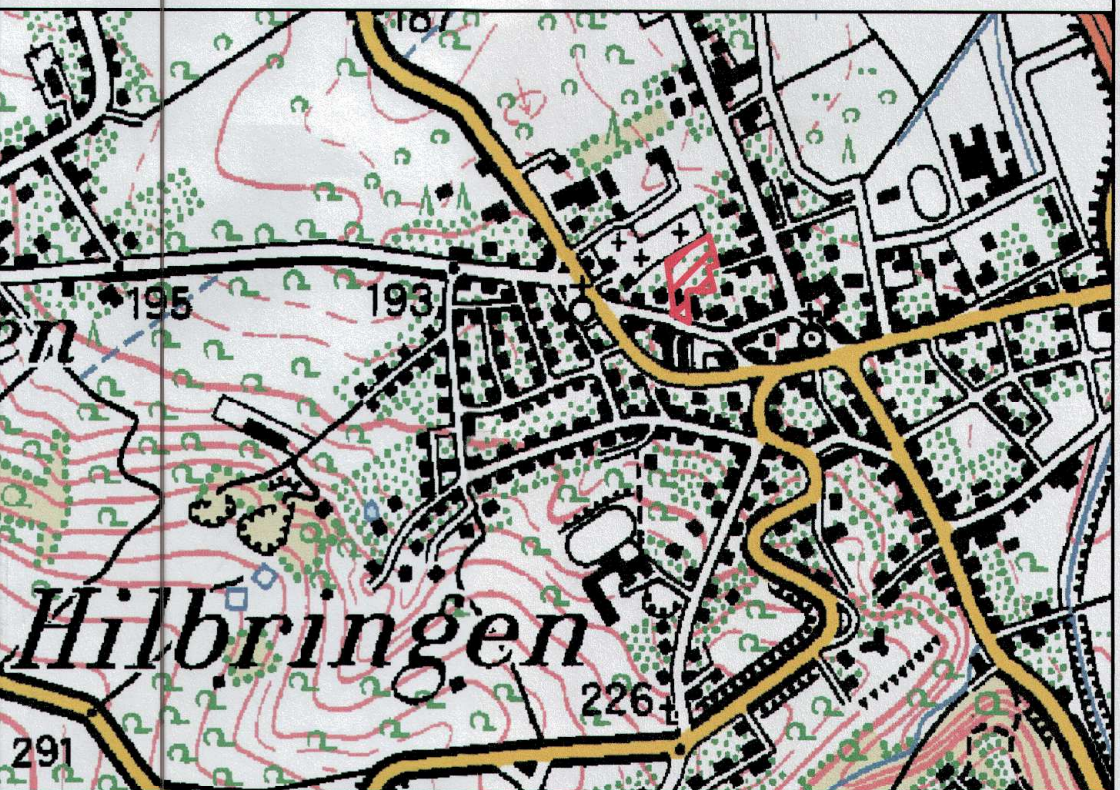
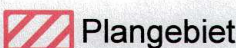
Für die Verfahrensdurchführung, die Festsetzungen des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen (in der jeweils gültigen Fassung):

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634)
- Das Bebauungsplanverfahren wurde gem. § 233 Abs. 1 in Verbindung mit § 245a Abs. 1 des Baugesetzbuches nach den vor dem 13. Mai 2017 geltenden Rechtsvorschriften abgeschlossen.
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauteilpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichnungsverordnung (PlanZV 90)
- Umweltschadensgesetz (UVPfG)
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)
- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
- Saarländisches Naturschutzgesetz (SNG)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz - WHG)
- Landesbauordnung Saarland (LBO)
- Saarländisches Wassergesetz (SWG)
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG)
- Kommunalabfallverwertungsgesetz (KSVG)
- und die
- Bauabstandsverordnung (BauAV) vom 23. Januar 1990 (BGBl. Teil I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 04.05.2017 (BGBl. Teil I S. 1057, Nr. 25)

Planverfahren

<p>1. Aufstellungsbeschluss</p> <p>Der Stadtrat der Kreisstadt Merzig hat am 04.11.2014 beschlossen diesen vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a Abs. 2 BauGB aufzustellen und das weitere Verfahren gemäß § 13 Abs. 2 BauGB durchzuführen. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wurde abgesehen. Durchgeführt wurden die Auslegung nach § 19a i.V.m. § 13 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB, die Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 13a i.V.m. § 13 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB und Planabstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB. Am 21.09.2017 beschloss der Stadtrat der Kreisstadt Merzig die Reduzierung des Geltungsbereiches.</p> <p>2. Öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses</p> <p>Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB am 12.11.2014 ortsüblich bekanntgemacht. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll und von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB abgesehen werden soll.</p> <p>3. Auslegung des Planentwurfs und Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange</p> <p>Der Bebauungsplanentwurf mit den bauplanungsrechtlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften sowie der Begründung hat in der Zeit vom 20.11.2014 bis einschließlich 22.12.2014 nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB öffentlich ausliegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB am 12.11.2014 ortsüblich bekanntgemacht. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB abgesehen wurde. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 18.11.2014 von der Auslegung unterrichtet. Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen ein.</p> <p>4. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange</p> <p>Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird, wurden mit Schreiben vom 18.11.2014 (per E-Mail) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB an der Planung beteiligt. Ihnen wurde Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum 22.12.2014 gegeben. Zeitgleich erfolgte die Planabstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB. Im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gingen 24 Stellungnahmen ein.</p> <p>5. Erneute Auslegung des Planentwurfs sowie erneute Unterrichtung und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange</p> <p>Der Bebauungsplanentwurf mit den bauplanungsrechtlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften sowie der Begründung hat gem. § 4a Abs. 3 BauGB in der Zeit vom 05.10.2017 bis einschließlich 23.10.2017 erneut öffentlich ausliegen. Die erneute öffentliche Auslegung wurde am 27.09.2017 ortsüblich bekanntgemacht. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 29.09.2017 bzw. mit E-Mail vom 02.10.2017 gem. § 4a Abs. 3 BauGB beteiligt. Ihnen wurde bis einschließlich 23.10.2017 Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben.</p> <p>Im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB wurden von der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben; von den Behörden und Trägern öffentlicher Belange wurden 17 Stellungnahmen abgegeben.</p> <p>Der Stadtrat der Kreisstadt Merzig hat in seiner Sitzung am 14.12.2017 die im Rahmen der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB und des erneuten Auslegungsverfahrens vorgebrachten Anregungen und Bedenken behandelt (§ 1 Abs. 7 BauGB). Das Ergebnis wurde denjenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben mit Schreiben vom _____ mitgeteilt.</p>	<p>6. Satzungsbeschluss</p> <p>Der Stadtrat der Kreisstadt Merzig hat nach vorangegangener Prüfung der Stellungnahmen am 14.12.2017 diesen Bebauungsplan mit den bauplanungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Gleichzeitig beschloss der Stadtrat die örtlichen Bauvorschriften im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes gemäß § 85 LBO als Satzung.</p> <p>Merzig, den <u>15.12.2017</u> Der Bürgermeister IV.</p> <p> Dieter Ernst Erster Beigeordneter</p> <p>6. Ausfertigung</p> <p>Der Bebauungsplan, bestehend aus Planzeichnung, Textlichen Festsetzungen, Begründung und Satzung, stimmt in all seinen Bestandteilen mit dem Willen des Stadtrats überein.</p> <p>Der Bebauungsplan wird hiermit ausgefertigt.</p> <p>Merzig, den <u>15.12.2017</u> Der Bürgermeister IV.</p> <p> Dieter Ernst Erster Beigeordneter</p> <p>7. Bekanntmachung</p> <p>Der Satzungsbeschluss wurde am <u>15.12.2017</u> gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.</p> <p>Mit der Bekanntmachung ist der Bebauungsplan in Kraft getreten.</p> <p>Merzig, den <u>20.12.2017</u> Der Bürgermeister IV.</p> <p> Dieter Ernst Erster Beigeordneter</p>
--	---

Übersichtslageplan M 1:10.000



Kreisstadt Merzig

Stadtteil Hilbringen

Projekt: Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Hinter Fußhaus"

SATZUNG

Datum	Name	Art der Änderung
23.02.2016	Niendorf	Ergänzung gem. Abwägungsempfehlungen zu den i.R. der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
13.07.2017	Niendorf	Planmodifikation: Verkleinerung des Geltungsbereiches, Reduzierung der Verkehrsraumweite Planstraße (Abschnitt Filter Straße - Wohnweg) und Aktualisierung der Bereichsbenennung
16.11.2017	Niendorf	Planmodifikation: Einarbeitung der vom beauftragten Architekturbüro geplanten Grundstücksgrenzen und Anpassung der straßenseitigen Baugrenze im nördlichen Plangebietsbereich (2,5 m Abstand zur Straßenbegrenzungslinie, anstatt 3 m Abstand)
15.12.2017	Niendorf	Satzungsexemplar

Vorhabenbezogener Bebauungsplan

 Planungsgemeinschaft MWV - Ingenieure US (haftungsbeschränkt) Ottostraße 5 66877 Ramstein-Miesenbach Telefon 06371 / 613688-4	A.NR.	17-712
	Gemarkung:	Hilbringen
	Flur:	5
	Maßstab:	1 : 500
 Unterschrift Datum: 15.12.2017	Plannr.:	5005
	Öff. Aufh.	Juni 2014
	gez.	15.12.2017 T. Niendorf
	gepr.	15.12.2017 R. Martin